

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

70. Sitzung

öffentlicher Teil

am Donnerstag, dem 28. Februar 2002, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Holger Astrup (SPD)

Wolfgang Fuß (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Wolfgang Kubicki (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Hans-Jörn Arp (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Energieeinsparung bei den Landesliegenschaften Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1254	4
2. Zwischenbericht der Landesregierung über den beabsichtigten Verkauf des Kieler Schlosses	5
3. Veräußerung der Liegenschaft in Westerland/Sylt, Uthlandstraße 34 Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/1832	12
4. Veräußerung der Liegenschaft ehemaliges Forstamt Reinfeld in 23858 Reinfeld, Matthias-Claudius-Straße 35 Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/1835	13
5. Automatisierte Liegenschaftskarte Vorlage des Innenministeriums Umdruck 15/1922	14
6. Flexibilisierungsmöglichkeiten des § 10 a LHO hier: Standardrahmen für ein externes Berichtswesen der Landesregierung Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/1923	15
7. Bemerkungen 2000 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 1998 Vorlage des Ministeriums für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus Umdruck 15/1834	16
8. Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a Grundgesetz hier: Anmeldung zum 32. Rahmenplan für den Hochschulbau (2003-2006) Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1576	17
9. Wert der Provinzial Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1541	18
10. Information/Kennntnisnahme	19
11. Verschiedenes	20

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Energieeinsparung bei den Landesliegenschaften

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1254

(überwiesen am 14. Dezember 2001 an den Finanzausschuss und den Umweltausschuss)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung ohne Aussprache zur Kenntnis. Mögliche Fragen von Abgeordneten sollen direkt zur Beantwortung an das Finanzministerium gerichtet werden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Zwischenbericht der Landesregierung über den beabsichtigten Verkauf
des Kieler Schlosses**

(auf Antrag des Abg. Wiegard)

St Döring berichtet über die bisherigen Überlegungen und Aktivitäten der Landesregierung zum Verkauf der Liegenschaft Kieler Schloss, Umdruck 15/1943.

(Der folgende Sitzungsabschnitt ist gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 der Landesverfassung i. V. m. § 17 Abs. 1 Satz 3 der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages **nicht öffentlich**)

(Unterbrechung für die nicht öffentliche Sitzung von 10:25 Uhr bis 10:55 Uhr)

Punkt 3 der Tagesordnung:

Veräußerung der Liegenschaft in Westerland/Sylt, Uthlandstraße 34

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/1832

Einstimmig erteilt der Ausschuss die erbetene Zustimmung zum Verkauf der Liegenschaft.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Veräußerung der Liegenschaft ehemaliges Forstamt Reinfeld
in 23858 Reinfeld, Matthias-Claudius-Straße 35**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/1835

Einstimmig erteilt der Ausschuss die erbetene Zustimmung zum Verkauf der Liegenschaft.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Automatisierte Liegenschaftskarte

Vorlage des Innenministeriums
Umdruck 15/1922

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Flexibilisierungsmöglichkeiten des § 10 a LHO
hier: Standardrahmen für ein externes Berichtswesen der
Landesregierung**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/1923

Der Ausschuss stimmt der Anwendung des vom Finanzministerium vorgelegten Standardrahmens für ein externes Berichtswesen der Landesregierung unter der Maßgabe zu, bei den einzelnen Projekten festzulegen, ab welcher Höhe der Abweichung eine Abweichungsbegründung erforderlich wird.

Abg. Wiegard wiederholt sein Petitum, sich als Ausschuss einmal Zeit zu nehmen, sich im Zusammenhang mit der Einführung der outputorientierten Budgetierung und der Kosten- und Leistungsrechnung umfassend mit dem Thema effektives Controlling/Berichtswesen zu befassen.

Die Vorsitzende hält an der Absicht fest, möglichst noch im ersten Quartal 2002 das in Aussicht genommene Gespräch mit dem Chef der Staatskanzlei über den Themenkomplex Kosten- und Leistungsrechnung, Zielvereinbarungen u. Ä. zu führen.

Ein Frage von Abg. Heinold beantwortet VP Qualen dahin, der vom Finanzministerium vorgelegte Standardrahmen für ein externes Berichtswesen der Landesregierung könne ein vernünftiger Zwischenschritt auf dem Weg zu einem effektiven Controlling sein.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Bemerkungen 2000 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 1998

Vorlage des Ministeriums für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus
Umdruck 15/1834

Der Ausschuss überweist die Vorlage zur Beratung an die Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a Grundgesetz
hier: Anmeldung zum 32. Rahmenplan für den Hochschulbau
(2003-2006)**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1576

(überwiesen am 20. Februar 2002 an den Bildungsausschuss und den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung)

Ohne Aussprache nimmt der Ausschuss den Bericht abschließend zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Wert der Provinzial

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1541

(überwiesen am 21. Februar 2002 an den Wirtschaftsausschuss und den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung)

St Rocca teilt ergänzend zur Landtagsdebatte mit, der Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein habe an die Landesregierung geschrieben, dass er es im Interesse der strategischen Weiterentwicklung und zur Auslotung des rechtlichen Rahmens begrüßen würde, alsbald in ein Gespräch mit ihm einzutreten, um den Untersuchungsauftrag über Inhalt und Reichweite der Übererlösklausel und die Ermittlung des Unternehmenswertes zu erörtern. Ein solches Gespräch werde man nicht zuletzt im Lichte der im Landtag letzte Woche geführten Debatte führen.

Der Ausschuss ist sich einig darin, dass das in Rede stehende Wertgutachten vor einer Fusion der Sparkassen- und Giroverbände Schleswig-Holstein und Niedersachsen erstellt werden soll. Außerdem soll das aus dem Jahre 1994 stammende und an die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsausschusses verteilte Wertgutachten den Mitgliedern des Finanzausschusses noch einmal als vertrauliche Unterlage zugehen.

Der Ausschuss nimmt den FDP-Antrag abschließend zur Kenntnis und erwartet von der Landesregierung, ihm unaufgefordert über die Ergebnisse des Gesprächs mit dem Sparkassen- und Giroverband zu berichten.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 15/1862 - Sportboothafen Haddeby

Umdruck 15/1887 - Grundstücksangelegenheiten

Umdruck 15/1919 - Betreuungsangebote an Grund- und Förderschulen

Der Ausschuss nimmt die drei Umdrucke ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Abg. Astrup berichtet über das Ergebnis der Beratungen des Innen- und Rechtsausschusses zur Einsetzung eines **Unterausschusses** des Finanzausschusses für Unternehmensbeteiligungen des Landes.
- b) Auf Antrag von Abg. Kubicki bittet der Ausschuss die Landesregierung, in der nächsten Sitzung über ihre Einschätzung über Auswirkungen der Situation der **MobilCom** AG zu berichten.
- c) Auf eine Frage von Abg. Kubicki zur Beteiligung der Länder an der Zurückzahlung von zu viel erhobenem **Erdölförderzins** durch das Land **Niedersachsen** teilt M Möller mit, 15 Bundesländer hätten Niedersachsen auf der Grundlage des Kirchhof-Gutachtens von Baden-Württemberg das Angebot gemacht, von den insgesamt 2,4 Milliarden € eine Summe von 1 Milliarde € zu übernehmen. Für Schleswig-Holstein gehe es um eine Belastung zwischen 9 Millionen € und 35 Millionen €. Die letzte Verhandlungsrunde finde auf der Finanzministerkonferenz am 7. März 2002 statt; der Bund entscheide am 15. März 2002.
- d) Alle Ausschussmitglieder bestätigen den geplanten Ablauf der **Berlinreise** vom 13. bis 18. März 2002 und beauftragen den Ausschussgeschäftsführer, für das Kabarett Distel Donnerstagabend, 14. März 2002, Karten zu besorgen (inkl. für Abg. Spoorendonk und M Möller).

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 11:35 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer